

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2021

11. Juni 2021



Liebe Leserinnen und Leser,

inzwischen hat die 17. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg begonnen. Die neue Landesregierung ist im Amt und die Ministerinnen und Minister haben ihre Arbeit aufgenommen. Bleibt abzuwarten, ob die Menschen im Land mit Verbesserungen rechnen dürfen. Gerade beim Management der Corona-Pandemie habe ich da so meine Zweifel. Denn warum sollte Sozialminister Lucha nach einem vollkommen vermasselten Impfstart und Chaos bei Maskenverteilung und Teststrategie nun auf einmal gelingen, was ihm schon in der letzten Legislaturperiode nicht gelungen ist.

Laut Koalitionsvertrag soll Baden-Württemberg zum weltweiten Klimavorbild werden. Doch das ständige Klagelied von Grün-Schwarz, dass wegen Corona allenthalben das Geld fehle, stimmt nicht gerade optimistisch, was hier entschiedenes Regierungshandeln betrifft. Selbst der neue grüne Finanzminister Danyal Bayaz gibt unumwunden zu, dass seine Partei in den letzten Jahren - trotz voller Kassen - nicht die Sprünge beim Klimaschutz gemacht hat, die sie hätte machen müssen. Was soll dann jetzt erst kommen? Für die Bewältigung der Klimakrise darf es keinen Haushaltsvorbehalt geben. Bis zur Sommerpause will Bayaz einen Nachtragshaushalt aufstellen, vor allem um die Folgen der Pandemie weiter zu bekämpfen. Das ist ambitioniert und es bleibt abzuwarten, wie er letztendlich mit der Schuldenbremse umgeht.

Erste Konflikte, was Finanzen betrifft, haben sich in der Koalition bereits aufgetan. Der Ministerpräsident und die Grünen wollen den offenbar wenig genutzten Rettungsfonds des Landes mit einem Volumen von einer Milliarde Euro für corona-geschädigte mittelständische Betriebe umwidmen und die Gelder in Hilfsprogramme für Schulen, Innenstädte und Kultur

stecken. Dagegen wehren sich Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut und ihre CDU. Ich halte es für ziemlich gefährlich, hier Bildung gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen auszuspielen. Dieser Vorstoß ist eine Bankrotterklärung für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in der Krise.

Besonders spannend ist gerade für mich der Wechsel des Kultusressorts von der CDU zu den Grünen. Wird es der neuen Kultusministerin Theresa Schopper gelingen, dass die Kinder und Jugendlichen das während der Schulschließungen Versäumte aufholen und wieder ganz an ihren Schulen und im Leben ankommen können? Dafür notwendige zusätzliche Lehrerstellen gibt es schon mal nicht. Und ob eine so genannte Lernbrücke mit Lehramtsstudenten, die übrigens auch nur im näheren Umfeld von pädagogischen Hochschulen greift, das leisten kann, bleibt fraglich. Ebenso fraglich ist, ob es Ministerin Schopper gelingt, das von ihrer Vorgängerin durch eine unsägliche Kommunikations- und Informationspolitik zerrüttete Vertrauensverhältnis zu Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen wieder herzustellen. Zumindest in vollmundigen Ankündigungen und Überschriften will die Landesregierung die Kinder und Jugendlichen in den Fokus stellen.

Diese haben lange viele Einschränkungen hingenommen und erlitten. Es ist nach über einem Jahr nun an der Zeit, wirklich Politik für sie zu machen. Endlich und erst auf massiven Druck der Jugendverbände hin hat die Landesregierung diese Woche grünes Licht für Zeltlager oder andere Ferienfreizeiten ab dem 1. Juli gegeben. Damit können sich Kinder und Jugendliche wieder auf ein Miteinander freuen und die Veranstalter, die dies meist im Ehrenamt betreiben, bekommen die nötige Vorbereitungszeit und Planungssicherheit. Förderungen wären hier auch zu wünschen.

In der Hoffnung, dass nun mit den zunehmenden Sonnenstrahlen die Infektionszahlen weiter sinken und wir in einen schönen Sommer starten können, wünsche ich Euch auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Die SPD-Fraktion im 17. Landtag von Baden-Württemberg:



Foto: SPD-Fraktion, Florian Schnabel

Wie in der vergangenen Legislaturperiode besteht unsere Fraktion wieder aus 19 Abgeordneten.

Hier in der Reihenfolge von links und jeweils von unten nach oben, mit den bisher vergebenen Funktionen:

Gernot Gruber (Backnang)

Sascha Binder (Geislingen), Parlamentarischer Geschäftsführer

Martin Rivoir (Ulm)

Jonas Hoffmann (Lörrach)

Katrin Steinhülb-Joos (Stuttgart IV)

Jonas Nicolas Weber (Rastatt)

Andreas Stoch (Heidenheim), Fraktionsvorsitzender

Dr. Stefan Fulst-Blei (Mannheim I), Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Florian Wahl (Böblingen)

Jan-Peter Röderer (Sinsheim),

Nicolas Fink (Esslingen), Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sebastian Cuny (Weinheim)

Daniel Born (Schwetzingen), Stellvertretender Landtagspräsident

Dr. Dorothea Kliche-Behnke (Tübingen), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Klaus Ranger (Neckarsulm)

Hans-Peter Storz (Singen)

Auf dem Foto fehlen:

Andreas Kenner (Kirchheim), Sprecher für Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik

Dr. Boris Weirauch (Mannheim II), Rechts- und Wirtschaftspolitischer Sprecher, Justiziar

Gabi Rolland (Freiburg II), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ich freue mich sehr auf die zukünftige Zusammenarbeit mit unseren neuen Abgeordneten im Landtag:

Katrin Steinhülb-Joos, Dr. Dorothea Kliche-Behnke, Jonas Hoffmann, Jan-Peter Röderer, Sebastian Cuny und Klaus Ranger und nach ihrem Wiedereinzug auf die erneute Zusammenarbeit mit Hans-Peter Storz und Florian Wahl. Wir sind ein gut und breit aufgestelltes Team und werden in den kommenden fünf Jahren eine sehr kritische, aber konstruktive Oppositionsarbeit leisten.

Ein herzliches Dankeschön geht an Reinhold Gall, Rainer Stickelberger, Georg Nelius, Gerhard Kleinböck und Peter Hofelich, die nicht erneut für die Landtagswahl kandidiert haben. Und leider mussten wir uns auch von Sabine Wölfle, Ramazan Selcuk und Rainer Hinderer verabschieden, die den Wiedereinzug in den Landtag trotz ihres großen Engagements für ihre Wahlkreise nicht geschafft haben.

Erwiderung zur Regierungserklärung

In der 5. Sitzung des 17. Landtags von Baden-Württemberg am 20. Mai hatten die Fraktionen Gelegenheit, auf die tags zuvor gegebene Regierungserklärung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann einzugehen und die Pläne der neuen Landesregierung zu bewerten. Hier Auszüge aus meiner Erwiderungsrede.



Foto: SPD-Landtagsfraktion (Schnabel)

Baden-Württemberg geht in eines der entscheidendsten Jahrzehnte seiner Landesgeschichte. Ein Jahrzehnt, in dem folgenreiche Entwicklungen stattfinden werden. Und sie werden auf jeden Fall erfolgen, unabhängig davon, ob wir sie herbeiführen, ob wir sie politisch begleiten oder ob sie überhaupt gewollt werden. Ein Wandel hat begonnen, dessen Dimensionen viele hier in diesem Haus lange nicht wahrhaben wollten und der uns in einem Maß herausfordert, wie es dieses Land seit seiner Gründung noch nie erlebt hat.

Denn obwohl es in Baden-Württemberg keineswegs bergab ging, ging es anderswo deutlich schneller bergauf. Oft waren das Länder, die man noch nie „Musterländle“ genannt hat. Wo man sich nicht auf einem hervorragenden Ruf ausruhen und von der Substanz vergangener Jahrzehnte leben konnte. Bei uns wurde das lange getan und wir wurden eingeholt und bisweilen ÜBERholt. 2019 lag Baden-Württemberg bei der Breitbandverfügbarkeit auf dem letzten Platz aller Bundesländer, bei der Versorgung mit LTE und 4-G-Mobilfunk auf dem vorletzten Platz. Hier geht es um die Grundlagen für die Digitalisierung und die fehlen oft. Auch deswegen, weil man zu lange daran glaubte, der Markt alleine werde alles richten. Wir gehen in die dritte Legislaturperiode unter grüner Führung, aber viel grüner ist nichts geworden, erst recht nicht, seitdem die CDU mitregiert. Nur Hamburg hat weniger Windräder und auch bei der Freiflächen-Photovoltaik liegen wir weit hinten. Bei der Ganztagsbetreuung von 3-6-Jährigen sind wir Schlusslicht, bei Grundschulkindern vorletzter Platz.

Dafür haben wir die viertschlechteste Pünktlichkeit beim Schienenregionalverkehr und bei kommunalen Online-Dienstleistungen und die niedrigste Polizeidichte Deutschlands. Wir haben die niedrigste Tarifbindung in den alten Bundesländern und den Spitzenplatz in der Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen. Es ist zu lange nichts passiert im Land. Ein „Weiter so“ geht nicht! Zwei weltweite Naturkatastrophen bedrohen uns: die Corona-Pandemie und der Klimawandel. In Baden-Württemberg kommt noch die Transformation unserer Automobilindustrie dazu. All das wird der Markt allein nicht richten. Hier braucht es einen starken und handlungsfähigen Staat und sehr sehr viel Geld, um die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Der Ministerpräsident hat die Vorhaben der neuen Landesregierung vorgestellt. Ich habe Zweifel, dass das der Lage gerecht wird. Denn leider steht der Koalitionsvertrag eher unter dem Titel „Kein Geld für nichts“ als unter „Jetzt für Morgen“. Das Motto erinnert mich doch sehr an unser Wahlprogramm „Das Wichtige jetzt“. Allerdings hat Grün-Schwarz das Wichtige weggelassen. Der Koalitionsvertrag weist einige Punkte auf, für die die SPD sich schon lange stark macht, u.a. die Ausbildungsgarantie, ein Mindestlohn- und Tarifreuegesetz. Nur muss das nun auch kommen. Was mir fehlt, sind konkrete Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, die sozialen Aspekte bei der Bekämpfung der Pandemiefolgen an unseren Schulen, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bessere ÖPNV-Angebote – zumindest ein 365-Euro-Ticket für Schüler, Studenten und Azubis - und Konsequenzen im Gesundheitswesen. Stattdessen wird ein Wust von Unverbindlichkeiten geliefert und selbst die werden noch ausnahmslos unter Finanzierungsvorbehalt gestellt.

Die Fortführung der grün-schwarzen Landesregierung war keineswegs alternativlos, aber die Alternative scheiterte ganz offensichtlich am Unbehagen, sich einem Berg von Aufgaben zu stellen, über den eine mögliche Ampel nicht hätte hinwegsehen können. Dass man sich hinsichtlich der Regierungsziele für eine kleine Lösung entschied, ist enttäuschend genug, dass man aber nicht einmal diese mit Entschlossenheit angeht, ist ein Unding. Bleibt die Frage, was Grüne und CDU am Ende zusammenbringt: Regieren um des Regierens willen, für viele schöne Posten und eine aufwendige Machtarithmetik. Dafür ist Geld da!

Die SPD wird darauf drängen, dass die vielen nötigen und dringenden Aufgaben angegangen und gelöst werden. Grün-Schwarz will eine enkelgerechte Haushaltspolitik. Wir wollen ein enkelgerechtes Land!

Im Wahlkreis

Blühendes Solarfeld in Küpfendorf

Mehr Klimaschutz steht auch für die SPD ganz oben auf der Agenda. Die Produktion erneuerbarer Energien und damit auch der Ausbau der Photovoltaik muss vorangetrieben werden, aber andere wichtige Themen, wie zum Beispiel die Artenvielfalt, dürfen dabei nicht hinten runterfallen. Diese Erklärungen klingen alle gut, aber wo genau ist der Weg?

Der engagierte Berufsimker Günter Friedmann hat eine Idee, wie Energiewende und Biodiversität sinnvoll verknüpft werden könnten: „Das ist hier in Küpfendorf eine super Gelegenheit für ein republikweites Modellprojekt. Denn wir haben die Vision, die Fläche und das Know-How. Es wäre geradezu fahrlässig, diesen Schritt nicht zu tun!“, ist er sich sicher. Ich habe ihn gemeinsam mit Gerhard Starzmann von der Steinheimer SPD besucht und er hat uns sein Projekt vorgestellt. Unter der geplanten 22 Hektar großen Photovoltaikfläche soll eine Blühwiese angelegt werden, die zahlreichen heimischen Insekten Nahrung bietet und damit dem Insektensterben entgegenwirkt. Seit Jahren verzeichnet er auch bei seinen eigenen Bienen einen gravierenden und weiter zunehmenden Nahrungsmangel im Sommer. „Es gibt kaum noch Blühflächen, jeder Quadratmeter wird land- und forstwirtschaftlich intensiv genutzt. Aber unsere Natur braucht Raum!“, drängt Friedmann. Er hat bereits mit dem Investor Vento Ludens gesprochen und dieser hat sich dem Pilotprojekt gegenüber interessiert gezeigt. Die notwendigen Änderungen, zum Beispiel breitere Gassen zwischen den Modulen für den Abtransport der Mahd, würden zwar eine geringere Rendite ergeben, brächten der Firma aber einen nicht zu unterschätzenden Image- und Marketingvorteil. Mir gefällt diese Idee sehr gut, denn hier könnten wir Energiewende und Artenvielfalt unter einen Hut bringen und helfen, die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die wir bei der Energiewende unbedingt brauchen, zu verbessern.



Mit Gerhard Starzmann (li) und Günter Friedmann (re) vor der Fläche für den geplanten Solarpark in Küpfendorf.

OB-Wahlen in Heidenheim am 20. Juni



Nach über 21 Jahren geht Bernhard Ilg vor Ablauf seiner dritten Amtszeit in den Ruhestand. Für seine Nachfolge haben sich vier Kandidaten beworben. Die SPD unterstützt gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Wählern die unabhängige Kandidatur von Michael Salomo. Der 32-jährige, gebürtige Allgäuer ist seit 2004 SPD-Mitglied und wurde 2014 in Haßmersheim der jüngste Bürgermeister ganz Deutschlands. Durch seine berufliche Laufbahn in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen bringt er vielseitige Erfahrung und das nötige Know-How für den OB-Posten mit. Er engagiert sich auch im bundesweiten und überparteilichen Netzwerk junger Bürgermeister*innen und hat einen Lehrauftrag an der Kehler Hochschule für Öffentliche Verwaltung. Wer aufmerksam das Geschehen um die OB-Kandidatur verfolgt, hat sicher schon seinen engagierten Wahlkampf hier vor Ort bemerkt, den er hier übrigens im Rahmen seines Jahresurlaubs führt. In vielen Gesprächen mit Heidenheimer Bürgerinnen und Bürgern hat er sich bereits einen guten Überblick über die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen hier verschafft. Sich und seine Ideen für Heidenheim stellt er auf seiner Homepage dar:

<https://michaelsalomo.de/>

Mit ihm haben wir die einmalige Chance, einen jungen, modernen und versierten Oberbürgermeister für Heidenheim zu gewinnen, hinter dem der Großteil des Gemeinderats steht. Auch ich unterstütze seine Kandidatur und hoffe auf seine Wahl am 20. Juni.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de